



Liebe Leserin, liebe Leser,

die Naturkatastrophe in Haiti hat eines der ohnehin schon ärmsten Länder der Welt getroffen. Nach dem schweren Erdbeben in Haiti sind bislang weit über 100.000 Menschen tot geborgen worden, Hunderttausende sind verletzt, etwa 1,5 Millionen Menschen obdachlos. Die Zahl der Opfer wird noch weiter ansteigen, da schlecht zugängliche Gebiete teilweise noch gar nicht erreicht wurden. Die schon zuvor schwachen staatlichen Strukturen existieren zurzeit kaum mehr. Die Bevölkerung kann und wird ohne fremde Hilfe nicht überleben.

Weltweite Solidarität – darunter auch durch die Bundesregierung und die EU – und eine schnelle Versorgung der Menschen zeigen erste Ergebnisse. Unsere Bundesregierung hat die deutsche Soforthilfe auf 10 Millionen Euro aufgestockt und übernimmt zudem 20 Prozent der EU-Hilfe von insgesamt 330 Millionen Euro.

Mein Dank gilt allen, die vor Ort oder durch Spenden geholfen haben und ich rufe zu weiterer Unterstützung auf.

Lena Strothmann MdB

Haushalt 2010

Bundshaushalt steht noch im Zeichen der Krise

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind noch nicht überwunden. Sie werden auch noch 2010 und 2011 deutliche Spuren hinterlassen. Nicht zuletzt müssen Bund, Länder und Kommunen aus ihrer dramatischen Haushaltssituation herauskommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsleistung 2009 um real 5,0% geschrumpft ist. Zwar hat im vergangenen Jahr ein konjunktureller Erholungsprozess eingesetzt. Die Entwicklung verlief etwas besser als zunächst erwartet worden war. Dennoch ist für 2010 noch keine selbsttragende Wirtschaftserholung in Sicht. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wird auch in diesem Jahr ernsthaft und nachhaltig gestört sein.

Insgesamt gibt der Bund im Jahr 2010 325,4 Mrd. Euro aus. Das sind 22,09 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr. Gegenüber dem Soll des Vorjahres steigen die Ausgaben somit um 7,3%. Dem stehen Steuereinnahmen von wohl nur noch 211,9 Mrd. Euro gegenüber – das entspricht annähernd dem Niveau des Jahres 2006.

Die Bundesregierung muss wegen der Krise für 2010 mit 85,8 Milliarden Euro die historisch höchste Nettoneuverschuldung in der Geschichte des Landes einplanen: Allein 43,5 Milliarden Euro sind krisenbedingte Steuerausfälle für den Bund. Dazu gehören auch mehr als 15 Milliarden Euro niedrigere Steuereinnahmen wegen Steuerentlastungen, beispielsweise durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

23,3 Milliarden Euro werden für die Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt benötigt. Dazu kommen rund vier Milliarden Ausgaben für die Konjunkturpakete und neue Maßnahmen, um die krisenbedingten Ausfälle der Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren. Zudem bezuschusst der Bund die gesetzliche Krankenversicherung mit 10,2 Milliarden Euro.

Schwerwiegende Entscheidungen für die nächsten Jahre werden noch zu treffen sein. Genaue Aussagen zur Haushalts- und Finanzplanung ab 2011 wird die Bundesregierung nach der nächsten Steuerschätzung im Mai 2010 treffen.

ENTWURF BUNDESHAUSHALT 2010

Gesamtausgaben	325,4 Mrd Euro
Gesamteinnahmen	325,4 Mrd Euro
Steuereinnahmen	211,9 Mrd Euro
Nettokreditaufnahme	85,8 Mrd Euro
Sonstige Einnahmen	27,7 Mrd Euro

Größte Ausgaben	2009	Entwurf 2010
Arbeit und Soziales	127,9 Mrd Euro	146,8 Mrd Euro (+ 14,6 %)
Bundesschuld	43,9 Mrd Euro	40,4 Mrd Euro (- 7,9 %)
Verteidigung	31,1 Mrd Euro	31,1 Mrd Euro (- 0,1 %)
Verkehr und Bau	26,6 Mrd Euro	26,3 Mrd Euro (- 1,2 %)
Gesundheit	11,6 Mrd Euro	16,1 Mrd Euro(+ 39,9 %)
Wirtschaft und Technologie	6,2 Mrd Euro	6,1 Mrd Euro (+ 2,0 %)

Stichwort: Steuerschätzung

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ ist ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Er besteht seit 1955. Ihm gehören die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände sowie das federführende Bundesfinanzministerium und das Bundeswirtschaftsministerium an.

Wie funktioniert die Steuerschätzung?

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat kein fest installiertes Prognoseinstrumentarium. Diejenigen Mitglieder, die eigene Schätzvorschläge erstellen, erarbeiten diese mit eigenen Metho-

den und Modellen. Für die Schätzungen des Arbeitskreises erstellen acht Mitglieder, nämlich die Wirtschaftsforschungsinstitute, die Bundesbank, der Sachverständigenrat und das BMF unabhängig voneinander eigene Schätzvorschläge für jede Einzelsteuer. Auf der Grundlage der Einzelsteuerschätzungen werden dann die auf Bund, Länder, Gemeinden und EU entfallenden Einnahmen ermittelt.

Zeitpunkt der Arbeitskreissitzungen

Die Sitzungsfolge des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ orientiert sich an den Zeitplänen der Haushalts- und Finanzplanung. Es finden zwei Sitzungen im Jahr statt.

Mitte Mai erfolgt eine Steuerschätzung für den mittelfristigen Zeitraum

(laufendes Jahr plus vier Folgejahre). Ihre Ergebnisse sind Grundlage u. a. für den Haushaltsentwurf des Folgejahres.

Die zweite Sitzung findet zeitnah zur Verabschiedung des Bundeshaushalts im Herbst statt. Die Schätzung umfasst das laufende und das folgende Jahr und ist Grundlage für die Ansätze des Haushaltsgesetzes.

Fazit

Der Termin zur Steuerschätzung ist also völlig unabhängig von der Landtagswahl NRW. Eine willkürliche Verschiebung wäre in der angespannten Finanzsituation sogar unverantwortlich. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt bleiben in der nächsten Zeit noch schwer einschätzbar.

Deutscher Bundestag wählt Lena Strothmann in den Beirat der Bundesnetzagentur

Der Deutsche Bundestag hat die Bielefelder Bundestagsabgeordnete Lena Strothmann (CDU) als Mitglied in den Beirat der Bundesnetzagentur gewählt. Die Bundesnetzagentur gehört als Bundesbehörde zum Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums und hat die Aufgabe, durch Liberalisierung und Deregulierung für die weitere Entwicklung auf dem

Elektrizitäts-, Gas-, Telekommunikations-, Postmarkt sowie auf dem Eisenbahninfrastrukturmarkt zu sorgen. Der Beirat mit Entscheidungs- und Beratungsbefugnissen besteht aus jeweils 16 Vertretern von Bundestag und Bundesrat. Die Vertreter werden jeweils auf Vorschlag des Bundestages und des Bundesrates von der Bundesregierung berufen.

Berliner Erklärung der CDU

Die CDU hat in ihrer Berliner Erklärung entgegen einzelner Presseberichte keinen Links-Ruck vollzogen, sondern sich ausdrücklich auch zu den konservativen Elementen bekannt. Es ist aber auch deutlich formuliert, dass sich die Partei in den letzten Jahrzehnten auf geänderte gesellschaftliche Verhältnisse, auf eine veränderte Alterstruktur, auf eine geänderte Parteienlandschaft eingestellt hat und weiter einstellen muss. Dass wir auch mit erweiterten politischen Nuancen neue Wählergruppen erfolgreich erreichen, zeigt sich beispielhaft am modernisierten Familienbild und konkreter moderner Familienpolitik der CDU.

Die Berliner Erklärung finden Sie auch auf meiner Homepage www.lena-strothmann.de



AKTUELLE TERMINE

ab 25. Januar 2010	Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
30. Januar 2010	Bezirksvorstandssitzung
6. Februar 2010	Neujahrsempfang der Frauenunion Bielefeld
ab 8. Februar 2010	Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
17. Februar 2010	Politischer Aschermittwoch (CDU-Fraktion Bielefeld)

IMPRESSUM

Herausgeber Lena Strothmann MdB
Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Kontakt Telefon 030 227-72467 | Fax 030 227-76467
E-Mail an lena.strothmann@bundestag.de

Besuchen Sie auch www.lena-strothmann.de